Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
B. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Seestraße 4.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Erste Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 112. **Dienstag** den 3. März 1903. **97. Jahrgang.**

Magyarische Sentimentalität.

:/: Vor kurzem hat der ungarische Minister für Kultus und Unterricht unerwartet die Schulen der Nationalitäten in Siebenbürgen besucht und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Anstalten der Siebenbürger Sachsen gerichtet. Da er zumal in Hermannstadt in dem Stande der Fertigkeit, mit der die Schüler die magyarische Sprache beherrschten, nicht das erforderliche Maß vorzufinden meinte, soweit dies in der überaus kurzen Zeit, die seinem Besuche der Klassen gewidmet war, zu erkennen möglich gewesen, erließ er an die oberste Schulbehörde der Sachsen, das Hermannstädter Oberkonsistorium, die Verfügung, Wandel zu schaffen. Diese Behörde hat nun allerdings sofort nachgewiesen, daß sie gerade in letzter Zeit, bevor von einem Ministerbesuch die Rede hatte sein können, Veranlassung genommen habe, insbesondere darin Fortschritte zu erzielen, daß statt der bisher teilweise überwiegend betonten magyarischen Sprachlehre mehr lebendige Sprache geübt und gelehrt werde, in den Volksschulen sowohl als in den übrigen ihr unterstehenden höheren Lehranstalten.

Die chauvinistische magyarische Presse verzeichnet den Erlaß des Kultusministers mit großer Genugtuung, wenn sie auch gleichzeitig wie der berüchtigte Magyar Szó nicht unterläßt, zu bemerken, daß die Regierung die schlimmen Siebenbürger Sachsen doch noch immer zu sehr mit Handschuhen anfaße. Als auffallend wird nur der Umstand hervorgehoben, daß erst der Herr Kultusminister die gerügten Mängel habe entdecken müssen, wozu seien denn die Regierungsorgane da, wenn sie nicht wahrheitsgetreue Berichte über den Stand der Tatsachen veranlaßten?

Solche Aeußerungen veranlaßten einen der königlich ungarischen Schulinspektoren, Dr Wéstessi in Hermannstadt, sich zu rechtfertigen; und was er sagt, ist sehr bezeichnend. Zunächst verwahrt er sich gegen die Verdächtigung, daß er nicht seine Schuldigkeit getan habe und tue. Er habe, seit er Schulinspektor im Hermannstädter Komitate sei, nie versäumt, die Regierung darauf aufmerksam zu machen, mit wie geringem Erfolge bisher die magyarische Sprache in den konfessionellen Volksschulen des Komitates und in den anderen Instituten der Nationalitäten gelehrt werde. Was an Verfügungen seither bestehe, dazu habe er seiner bescheidenen Fähigkeit gemäß auch beigetragen. Denn, wie wahrscheinlich alle Schulinspektoren in Nationalitätengebieten habe er an berufener Stelle immer die wahre Sachlage dargestellt, indem er sich gleichzeitig bestrebte in seinem Wirkungskreise den Unterricht in der magyarischen Sprache auf das entschiedenste zu betreiben; er könne stolz behaupten, nicht ohne Erfolg. Denn die Verhältnisse fingen an sich zu bessern, usw.

Unversehens geht der Herr Schulinspektor in einen eigentümlichen sentimentalen Ton über. Er schreibt: „Groß und schwer ist die Aufgabe, die wir hier vollbringen. Ungemein klein ist das Gehalt, gering die Anerkennung bei großem Hasse und großer Verantwortlichkeit. Was hier für das Magyarentum zu retten ist, retten wir, die Schulinspektoren auf dem Gebiete der Nationalitäten. Und dies ist auch unsere Pflicht. Wir erwarten hierfür von niemandem Anerkennung. Aber Verdächtigung gerade von Seiten der magyarischen Presse tut doch sehr weh. — Wenn jeder Magyare in seinem Wirkungskreise seine Schuldigkeit täte, wie ich sie tue im Hermannstädter Komitate, dann wäre die magyarische Sprache auf dem Gebiete der Nationalitäten lange nicht das verfolgte Waisenkind, das ausgestoßen herumirrt und im eigenen Vaterlande sein Heim nicht findet."

Wie eigentümlich nimmt sich diese Sentimentalität aus und wie wenig beruht sie auf Wahrheit! Zunächst ist von einem Hasse der Siebenbürger Sachsen gegen die Kgl. Schulinspektoren, soweit diese Herren Regierungsbeamte sind, keine Rede. Wie alle anderen Beamten haben sie ihre Pflicht zu erfüllen gegenüber den konfessionellen und nationalen Schulen. So kurzsichtig sind die Sachsen nicht, dies zu übersehen. Sollte sich irgendwo aber wirklich Haß entwickeln gegen einen Königlich Ungarischen Schulinspektor, so ist derselbe, wie sonst im Leben, Folge persönlicher Eigenschaften, für die nicht das Amt verantwortlich gemacht werden kann. Es ist sehr leichtfertig, etwaige Einzelerscheinungen, bloß um vor seinen magyarischen Lesern als Märtyrer dazustehen, zu verallgemeinern.

Wie von vornherein von einem Hasse gegen Regierungsbeamte unter den Sachsen die Rede sein kann, so ist das der Fall gegenüber der magyarischen Sprache. So weit wir unterrichtet sind, fällt es heute keinem vernünftigen Sachsen ein, die magyarische Sprache als solche zu hassen; im Gegenteil, die Schulbehörden sind auf alle Weise bemüht, die Erlernung derselben durch methodisch verbesserte Lehrbücher, besser qualifizierte Lehrer, Uebung der lebendigen Sprache zu erleichtern und zu einer gründlicheren zu machen. Begegnet sie doch in Ungarn als Staatssprache jedem auf Schritt und Tritt; und die mangelnde Kenntnis derselben rächt sich, wie das ja nur natürlich ist, oft recht bitter. Daß es freilich in der Klarheit dieser Einsicht und dieses Strebens auch unter den Sachsen Unterschiede geben mag, ist zweifellos, kann aber nicht einer ganzen Nation zur Last gelegt werden.

Bedenkt man schließlich, daß es sich unter dem Deutschen Siebenbürgens und Ungarns bezüglich der magyarischen Sprache trotz allem und allem um eine Sprache handelt, die neben der Muttersprache steht und zu dieser, die doch den Volksangehörigen in erster Reihe teuer und wert sein muß, hinzutritt, so erscheint die Sentimentalität eines Kgl. Ungar. Schulinspektors geradezu rätselhaft, mit der er von der magyarischen Sprache unter den Siebenbürger Sachsen wie von einem „verfolgten Waisenkinde" spricht, „das ausgestoßen herumirrt und im eigenen Vaterlande sein Heim nicht findet." Die magyarische Sprache, als Staats- und Verkehrssprache noch so dringend notwendig für jeden Nichtmagyaren in Ungarn, ist, wenn sie auch vorläufig nicht genügend betrieben und erlernt werden sollte, gerade unter den Deutschen Ungarns und Siebenbürgens nicht elternlos und kein Waisenkind. Sie irrt nicht, ausgestoßen, im eigenen Vaterlande umher, sondern hat ihr warmes behagliches Heim in der magyarischen Nation!

Sollte sich aber in der unzeitigen Sentimentalität solcher Zeitungsäußerungen, wie sie auch hier als ein seltsamer Gegensatz zu dem sonstigen Verhalten der in Ungarn herrschenden Nation gegenüber den Nichtmagyaren vorliegt, der heiße Wunsch verbergen, daß die magyarische Sprache unter den Deutschen in Ungarn, deren Muttersprache vollständig zu verdrängen die Aufgabe habe, dann werden wohl diese mit Recht hiergegen den Einwand erheben, daß damit zu viel verlangt sei und daß auch der Königl. Schulinspektor aus Hermannstadt gut täte, sich damit zu begnügen, mit Stolz auf die eigene Tätigkeit feststellen zu können, daß es unter den Sachsen im Magyarischen immer besser werde.

Deutsches Reich.

C. H. **Berlin**, 2. März. (Der „Anarchist".) Das neue große anarchistische Organ „Der Anarchist" hat nun das Licht der Welt erblickt. Es sollte ursprünglich in Düsseldorf erscheinen, aber dort fand sich kein Drucker, und deshalb ist die Redaktion und der Verlag des „Anarchisten" nach Berlin verlegt worden. Charakteristisch für das Blatt ist, daß es folgende drei Mottos am Kopfe trägt: „Weder Gott noch Herr! Weder Autorität noch Majorität". — „Anarchie ist Ordnung, Freiheit und Wohlstand für alle". — „Weder Monarchie noch Volksstaat! Weder Privateigentum noch Lohnsystem". Nun wissen wir es ja; der Leitartikel „Unser Programm" ist unklar und verschwommen, die Zukunftsmusik hat ja vorläufig absolut nichts zu bedeuten; für jetzt kommen nur folgende Programmsätze in Betracht: „Der Anarchist" wird unablässig bemüht sein, die Genossen für eine auf föderativer Grundlage beruhende Organisation zu gewinnen, da nach der festen Ueberzeugung seiner Herausgeber ohne eine solche Organisation die anarchistische Bewegung Deutschlands keine Gesundung und keinen weiteren Fortschritt erwarten darf. Es wird weiter bestrebt sein, an seinem Teile dazu beizutragen, daß eine sozialrevolutionäre Gewerkschaftsbewegung und mit ihr die Propaganda für den Generalstreik auch in Deutschland angebahnt wird. Von sonstigen Artikeln, welche das Blatt bringt, ist derjenige über August Reinsdorf und seine Zeit sehr bemerkenswert, weil er eben zeigt, wie gefährlich diese Strömung in der anarchistischen Welt, welche den „Anarchist" ins Leben gerufen, ist. Reinsdorf, dieses Scheusal, welches gelegentlich der Enthüllung des Niederwald-Denkmals am 28. September 1883 das Attentat auf unsern ehrwürdigen Kaiser Wilhelm I. vorbereitete, und deshalb am 7. Februar 1885 hingerichtet wurde, wird in hier kaum wiederzugebenden Worten gefeiert. „Das Grab auf dem Zuchthausfriedhofe in Halle, welches die Ueberreste unseres unvergeßlichen Kameraden birgt, wird längst verfallen und unkenntlich gemacht worden sein. Was tut es? In den Herzen aller derer, die wie er den Ehrennamen Anarchist tragen, ist ihm ein Gedenkstein für immer errichtet". Das ist nur eine schwache Probe des Lobhymnus auf die Bestie Reinsdorf. — Wie wir aus dem „Anarchisten" noch ersehen, scheinen die am Neujahrstage in Düsseldorf erfolgten Verhaftungen von Anarchisten aus Berlin und mehreren rheinischen Städten der Polizei bis jetzt nicht genügend Material zum Einschreiten geliefert zu haben. Die Anarchisten wurden seinerzeit wieder auf freien Fuß gesetzt; die Polizei hat aber in den letzten Wochen weitere Ermittlungen in Solingen und Krefeld anstellen lassen. Wie dem auch sei, die Tatsache des Erscheinens eines neuen anarchistischen Organs in Berlin, eines groß angelegten Blattes, ist doch nicht zu unterschätzen; angesichts der entsetzlichen anarchistischen Attentate der letzten Jahre erscheint es uns ganz unverständlich, die ungeheure Gefährlichkeit der anarchistischen Bewegung auch in Deutschland leugnen zu wollen.

* **Berlin**, 2. März. (Das Tauschobjekt für Sansibar.) Der Kaiser beabsichtigt, bei seinem für den 3. und 4. März bevorstehenden Besuche auf Helgoland anscheinend zunächst sich über den Umfang der letzten Abstürze zu informieren, die auf der Westseite der Insel, besonders in der Nähe der sogenannten Signalstation (neuerdings auch Station für Funkenspruch) stattgefunden haben, sowie südlich vom Lummenfelsen und an der Nordspitze gegenüber dem einsamen Felsen, welcher unter den Namen „Hengst" oder „Lange Anna" bekannt ist. Die Abstürze der letzten zwei Jahre mögen nach oberflächlicher Schätzung dem Oberlande etwa ein Areal von 400 bis 500 Quadratmetern geraubt haben, was bei einer mittleren Höhe von 45 Metern, wie sie der Felsen an der Westseite besitzt, einer Einbuße von 15—20 000 Kubikmetern Erdreich gleichkommt. Der umfangreichste Absturz, welcher in der letzten Zeit stattfand, ereignete sich in der Nähe der oben erwähnten Signalstation und wurde auf rund 10 000 Kubikmeter geschätzt. Die Auffassung, die der Kaiser durch Besichtigung der Schäden an Ort und Stelle gewinnen wird, und die Wertschätzung, die die vorgeschlagenen Maßnahmen für eine gründliche Abhülfe beim Kaiser erfahren, werden dafür maßgebend sein, ob demnächst die Bereitstellung größerer Staatsmittel vom Parlament gefordert werden soll, und ob diese Forderung durch das Resultat der bisher vorliegenden Versuche als genügend begründet und gerechtfertigt angesehen werden kann. Bei dem lebhaften Anteil, welchen der Kaiser von jeher an dem Schicksal der Insel Helgoland genommen hat, ist als sicher anzunehmen, daß das Wohl der Insel und die Interessen seiner Bewohner für die Entschließungen des Kaisers in hohem Maße mit ins Gewicht fallen werden — vielleicht kaum weniger als der Wunsch, dieses „Bollwerk" vor den Mündungen der Elbe und der Weser im Interesse der Landesverteidigung in unverminderter Größe und Widerstandsfähigkeit erhalten zu sehen. (Dieser Bericht entstammt der „Berl. Börs.-Ztg."; das Wort Bollwerk haben wir uns erlaubt, in Anführungszeichen zu setzen. — Red.)

(·) **Berlin**, 2. März. (Telegramm.) Der Kaiser empfing gestern nach dem Gottesdienst im königlichen Schlosse den Prinzen Friedrich Heinrich von Preußen, welcher den Dank des Königs von Württemberg für die Teilnahme des Kaisers durch Entsendung eines Vertreters zur Beisetzung des Herzogs Nikolaus von Württemberg übermittelte. Um 11 Uhr fanden militärische Meldungen statt, darunter die des diesseitigen Militär-Attachés in Bukarest, Hauptmann im Generalstab v. Mutius, und die Rapportübergabe der Leibregimenter. Demnächst hatte der Kaiser eine Besprechung mit dem Kommandanten des Zeughauses Generalleutnant v. Uslebom und dem Direktor des Zeughauses v. Uhlich. — Nachmittags unternahmen der Kaiser und die Kaiserin mit den beiden ältesten Prinzen-Söhnen vom Schloß Bellevue aus einen Spaziergang durch den Tiergarten. — Heute morgen unternahm das Kaiserpaar den gewohnten Spaziergang im Tiergarten. Der Kaiser sprach sodann beim Reichskanzler Grafen v. Bülow und beim Chef des Civilkabinetts Dr. v. Lucanus vor und hörte von 10 Uhr ab im Königl. Schlosse die Vorträge des Stellvertreters des Chefs des Civilkabinetts v. Valentini und des Professors Dr. v. Bergmann, des letzteren im Beisein des Kultusministers D. Studt und des Generalstabsarztes der Armee Prof. Dr. v. Leuthold.

— Gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes hat eine zahlreiche Versammlung von Mitgliedern des Evangelischen Bundes in Gr. Lichterfelde folgenden Beschluß gefaßt:

Die Versammlung erhebt gegen die, wenn auch beschränkte Wiederzulassung der Jesuiten im Deutschen Reich einmütigen und rückhaltlosen Widerspruch. Zwar sprechen auch wir als evangelische Christen mit Deutschlands erstem Kanzler: wir fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt — auch nicht die Jesuiten. Der evangelische Glaube lebt aus der Kraft des göttlichen Wortes und kann nicht untergehen. Aber mit schwerer Sorge erfüllt uns die Bedrohung des religiösen Friedens in unserem Vaterlande, die nach dem Zeugnis aller Geschichte, auch nach dem Zeugnis katholischer Gelehrten wie Döllinger, Wahrmuth, Schell und Ehrhard aus der Rückkehr der Jesuiten erwachsen würde. Im Namen des bedrohten religiösen Friedens erheben wir darum unsere warnende Stimme und müssen im voraus die leitenden Stellen für jede Verschärfung und Verbitterung der konfessionellen Gegensätze als eine Schädigung und Gefährdung des gesamten Vaterlandes verantwortlich machen.

Die Erklärung soll allen Zweigvereinen der Provinz Brandenburg mit der Empfehlung zugeschickt werden, sie in größeren Versammlungen zur Annahme zu bringen, um dadurch dem Bundesrate ein Bild der Stimmung zu liefern, welche die letzten bekannten Ereignisse in der Provinz allgemein erregt haben.

— Der Reichs- und Landtagsabgeordnete Landgerichtsrat von Strombeck, Vertreter des Wahlkreises Heiligenstadt-Worbis, wird demnächst sein goldenes Dienstjubiläum feiern. Er wurde am 7. September 1830 zu Halberstadt geboren und im Jahre 1853 daselbst als Auskultator verpflichtet. Dem preußischen Landtage gehört er seit 1882, dem Reichstage seit 1884 als Mitglied der Zentrumsfraktion an.

* **Königsberg**, 1. März. Einen interessanten Beitrag zur Landarbeiterfrage und Landflucht gab dieser Tage Professor Gerlach im Kursus für ältere Landwirte aus der Enquête der Landwirtschaftskammer über die Landflucht, deren Ergebnisse bisher unbekannt waren. Nach den von dem Vortragenden mitgeteilten Zahlen sind von 1880—90 aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen rund 50 000 Landbewohner abgewandert, von 1890—95 40 000, im Regierungsbezirk Königsberg in dem ersten Jahrfünft 81 000, im zweiten 50 000. In den Kreisen Gumbinnen, Lötzen, Darkehmen, Johannisburg, Oletzko und Angerburg hat die Abwanderung in den zehn Jahren mehr als 12 Prozent, in dem letztgenannten Kreis sogar 16,8 Prozent betragen, im Regierungsbezirk Königsberg in den Kreisen Mohrungen 15,2 Prozent, Gerdauen, Pr.-Holland und Friedland 15—18 Prozent, im Kreise Braunsberg 18,4 Prozent und im Kreise Pr.-Eylau 20 Prozent. Nun zeigt sich aber, daß in keinem der am meisten von der Abwanderung betroffenen Kreisen das kleinbäuerliche Besitztum (mit 2—5 Hektar Land gerechnet) mehr als 2—3, im höchsten Falle 5 Prozent der Fläche des gesamten Areals inne hat, und auch dem mittleren Besitz nur 3—10, bezw. im Maximum 10—20 Prozent des Areals gehört. Nach diesen Zahlen kann man es als außer allem Zweifel stehend ansehen, daß die Abwanderung in einem gewissen Verhältnis steht zur Verteilung des Besitzes, und Professor Gerlach hält es demgemäß für notwendig, in den Kreisen, wo es an genügendem kleinen und mittleren bäuerlichen Besitz fehlt, mit der Schaffung solcher Stellen vorzugehen.

* **Dessau**, 1. März. Von dem Herzog von Anhalt wurden dem Staatsminister a. D. Wirklichen Geheimen Rat Dr. v. Koseritz die Brillanten zum Großkreuz des anhaltischen Hausordens Albrechts des Bären verliehen.

Δ **Weimar**, 1. März. Der weimarische Landtag ist im Begriff, mit einem Gesetze vorauszugehen, das bald auch anderwärts Nachahmung finden dürfte. Es handelt sich um den Schutz von Quellen, die zur Speisung von Wasserleitungen dienen. Der § 1 des Entwurfes lautet: „Liegt die Erhaltung einer Quelle, die zur Speisung einer Wasserleitung dient, im öffentlichen Interesse, so können auf Grundstücken im Zuflußgebiete der Quelle Bohrungen, Ausschachtungen, Eingrabungen usw. verboten werden, welche den Bestand der Quelle zu gefährden geeignet erscheinen." Der Eigentümer kann von dem Antragsteller die Erwerbung des betreffenden Grundstücks verlangen. Der Entwurf hat in der ersten Lesung allseitig eine günstige Aufnahme gefunden, wenn man sich auch nicht verhehlte, daß er eine Menge Schwierigkeiten in sich birgt. Namentlich wurde darauf hingewiesen, daß unter Umständen auch Bohrungen, Eingrabungen usw., als im öffentlichen Interesse liegend, geschützt werden müßten, und es werde dann nicht immer leicht sein, abzuwägen, ob das überwiegende Interesse nach dieser Seite oder nach derjenigen der Quellwasserversorgung liege.

v. **Greiz**, 1. März. Den Landtag ist u. a. eine Petition des Vorstands des Vereins pharmazeutischer Großindustrieller, Abwehrung des Geheimmittelwesens, und des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege, Anstellung von Schulärzten, zugegangen. Bezüglich des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes bemerkt Abg. v. Geld-Teilsendorf in der gestrigen Sitzung, in ländlichen Kreisen stehe man dem Entwurfe, soweit er die Fleischbeschau für die Hausschlachtungen vorschreibt, unsympathisch gegenüber. Diese Vorlage wurde einer fünfgliedrigen Kommission unter Zuziehung eines Regierungskommissars überwiesen. Nächste Sitzung unbestimmt.

⊙ **Darmstadt**, 2. März. (Telegramm.) Nach einer Meldung der „Darmstädter Zeitung" ist der Großherzog von Hessen gestern wohlbehalten in Suez eingetroffen.

* **Karlsruhe**, 1. März. Der engere Ausschuß der nationalliberalen Partei trat heute zu einer Sitzung zusammen, die aus allen Teilen des Landes, namentlich von Landtagsabgeordneten, überaus zahlreich besucht war. Auch die Reichstagsabgeordneten Bassermann und Blankenhorn waren erschienen. Eine eingehende, bis 6 Uhr dauernde Aussprache ergab, daß über grundsätzliche Fragen von vornherein völlige Uebereinstimmung geherrscht hatte, und auch über das taktische Vorgehen im einzelnen, worüber die Meinungen auseinandergingen, wurde schließlich vollständige Einmütigkeit der Versammlung erzielt. Gerade die energischsten Wortführer, wie Obkircher, Keller, Junghanns und Scherer, der Führer der Jungliberalen, stellten dies mit Freuden fest. Es wurde der „Köln. Ztg." zufolge beschlossen, in allen 14 Wahlkreisen nationalliberale Kandidaten für den Reichstag aufzustellen. Bassermann nahm noch Anlaß, abermals zu erklären, daß er insbesondere mit der Haltung der Landespartei in der Klosterfrage vollständig einverstanden sei, und meinte, man solle ihn endlich mit albernen Anzapfungen (?) nach dieser Seite hin verschonen. An den früheren Minister Eisenlohr, den um die liberale Sache hochverdienten Staatsmann, der jüngst seinen 70. Geburtstag gefeiert hat, wurde nachträglich eine Glückwunschdepesche abgesandt. — Der badische sozialistische Parteitag beschloß, in allen Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen und bei Stichwahlen für die Kandidaten einzutreten, die sich unterschriftlich verpflichten für Aufrechterhaltung des Reichstagswahlrechts und langfristige Handelsverträge und gegen neue indirekte Steuern, insbesondere auf Bier und Tabak, gegen jedes Ausnahmegesetz und gegen neue Militärforderungen.

* **Stuttgart**, 1. März. Das nationalliberale Beispiel der Jugendorganisation findet Nachahmung. Einer Anregung Friedrich Haußmanns auf der letzten Landesversammlung der Volkspartei folgend, hat sich hier ein Verein junger Demokraten gebildet.

Italien.

Prinetti; der Papst.

* **Rom**, 2. März. (Telegramm.) Minister Prinetti hat gestern zum ersten Male eine Ausfahrt gemacht. Nach einem Erholungsaufenthalt in Neapel wird er die Geschäfte wieder übernehmen. — Da der Papst bei und nach dem gestrigen Kardinalsempfang über Schwäche klagte und die Stimme fast ganz verloren hatte, gilt seine Teilnahme am morgigen Festgottesdienst in der Peterskirche als ungewiß. Der Leibarzt erklärt, daß strenge Ruhe während des heutigen Tages die Unpäßlichkeit beseitigen wird. (Voss. Z.)

Spanien.

Anarchistisches.

* **Madrid**, 2. März. (Telegramm.) Die Regierung ist besorgt, weil sie erfuhr, daß sich ein anarchistisches Comité in London an die spanischen Arbeiterverbände mit der Aufforderung zur Veranstaltung eines allgemeinen Ausstandes gewendet hat und daß diese zugesagt haben. Der nächste Ministerrat wird Maßregeln zur Lahmlegung dieser Propaganda erwägen.

Großbritannien.

Neue Hetze gegen Deutschland.

* **London**, 2. März. (Telegramm der „Magdeb. Ztg.") Die „Times" berichten aus New York vom 1. März: Kaiser Wilhelm, zu seinem Leidwesen wissend, daß sein impulsives Anerbieten, eine Statue Friedrichs des Großen zu schenken, keinen günstigen Eindruck auf die Amerikaner gemacht habe, verständigte den Präsidenten, daß deren Absendung bis 1904 verschoben sei. Die Nichtvollendung der Kriegsakademie

SLUB
Wir führen Wissen.